



Ein letztes Briefing im Nationalratssaal: Klassenlehrerin Rahel Umbach (stehend, Mitte) stimmt ihre Schülerinnen und Schüler (rechte Ratshälfte) auf die bevorstehenden Debatten ein.

Bilder Franziska Kohler

Auf der Suche nach dem politischen Kompromiss

Was tut eine Nationalrätin oder ein Nationalrat eigentlich? Ein Simulationsspiel macht dies erlebbar und lässt Schulklassen im Bundeshaus Politik spielen. Wir haben eine Siebner Sekundarklasse nach Bern begleitet.

von Franziska Kohler

Er läutet die berühmte Glocke und gleich wird es still im Nationalratssaal des Bundeshauses: «Nationalratspräsident» Simon Bärtschi, im bürgerlichen Leben Lehrer und Mitglied im Verein «Schulen nach Bern». «Sehr geehrte Nationalrätinnen, sehr geehrte Nationalräte...», eröffnet an diesem sonnigen Mittwoch die «Nationalratssitzung» – auf Deutsch und Französisch.

Und sogleich geht ein Ruck durch die Schülerschar, die sich in der Heiligen Halle der Schweizer Demokratie eingerichtet hat. Drei Sekundarschulklassen sind anwesend – eine aus St. Gallen, eine aus dem neuenburgischen Cernier und die S3b der Sek 1 March Siebner. Sie nehmen am Simulationsspiel «SpielPolitik!» des Vereins Schulen nach Bern teil (wir berichteten). Und jede von ihnen bildet eine eigene Fraktion.

Eine einmalige Gelegenheit

«Anstrengend, aber irgendwie auch aufregend», war der Tenor der Siebner Schülerinnen und Schüler kurz vor der Eingangskontrolle zum Bundeshaus. Hinter ihnen liegt nicht nur monatelange Vorbereitung, sondern auch ein Tag voller intensiver

Kommissions- und Fraktionssitzungen am Dienstag und eine Führung durch das Bundeshaus.

Und aufregend ist es auf jeden Fall. Um ein nächstes Mal auf diesen lederbespannten Stühlen unter der Bundeshaus-Kuppel sitzen zu dürfen, müssten sich die jungen Menschen erst in den Nationalrat wählen lassen. Ob einige von ihnen dereinst in die Politik einsteigen werden, ist offen. Auf jeden Fall konnten sie schon einmal direkt miterleben und spüren, wie Demokratie funktioniert, wie Synes Ernst, Vorstandsmitglied von Schulen nach Bern später in seiner Schlussrede betonen wird – unterstrichen mit viel Lob für das Engagement und die Ernsthaftigkeit der beteiligten Schülerinnen und Schüler.

Äusserst realitätsnah

Die Simulation ist nahezu perfekt – sogar eine «Bundesrätin» ist anwesend – gespielt von der Genfer Nationalrätin Delphine Klopfenstein Brogini (Grüne). Sie sitzt normalerweise auf Platz 55 und setzt sich unter anderem für politische Bildung ein. Um es vorwegzunehmen: Sie präsentiert jeweils die Stellungnahme des Bundesrates zu den einzelnen, von den Klassen eingereichten «Volksinitiativen», – und empfiehlt alle zur Ablehnung. Verfasst hatte die jeweilige Botschaft aber nicht

sie selbst, sondern ein Vereinsmitglied. Eine Simultanübersetzung für Deutsch und Französisch steht über Kopfhörer zur Verfügung, es gilt für die Rednerinnen und Redner das nationalrätliche Protokoll. Auf der Tribüne wartet das Publikum bereits gespannt.

Siebner «Initiative» auf Prüfstand

Und die Klassen alias Fraktionen sind exzellent vorbereitet. Hart haben die Siebner Schülerinnen und Schüler im Namen ihrer Partei «demokratische neue Generation» in den Kommissionsitzungen für Ihre Volksinitiative «Obligatorischer Militärdienst für alle Schweizerinnen und Schweizer» gekämpft und auch mit ihren eigenen Überzeugungen gerungen. Dies bringt die «nationalrätliche» Debatte deutlich zum Vorschein – die erste der «Session».

Die zuständige Kommission votiert gegen die Initiative und gegen den Gegenvorschlag des Bundes, der einen Milizdienst für alle Schweizerinnen und Schweizer vorsieht. Und bringt einen eigenen direkten Gegenvorschlag aufs Tapet: einen verkürzten Militärdienst für Frauen.

Die Siebner Fraktionshaltung präsentieren Simon und Alessia und räumen ein: «Die Initiative ist nicht komplett ausgereift». Denn der Kriegsfall sei nicht die einzige Bedrohungslage, für den sich der Bund vorbereiten müsse, damit gehen sie mit dem Bundesrat einig. Der Gegenvorschlag der Kommission allerdings zielt gegen das Ziel der Gleichberechtigung. Er bringe neue Formen der Diskriminierung hervor. Die Fraktion favorisiert darum den Gegenvorschlag des Bundes.

«Meine Damen und Herren, wir fallen heute einen Grundsatzentscheid», so der Appell an den Rat. Sollte der Bund wirklich weiterhin auf den Einsatz der Hälfte der Bevölkerung verzichten? Aber die Abstimmung im «Rat» zeigt: Es soll anders kommen. Die Neuenburger Klasse führt ins Feld, dass sowohl die Initiative wie auch der Gegenvorschlag des Bundes «von Männern für Männer» gemacht sei. Letzterer garantiere zudem keine Effektivität im Kriegsfall.

Auch Männer leisten Care-Arbeit

Die St. Galler Fraktion betont zwar, dass ihr Gleichberechtigung ein Anliegen sei. Sie gibt aber zu bedenken, dass in einer Kriegssituation auch jemand für Kinder oder betagte Menschen sorgen und für die Lebensmittelversorgung zuständig sein müsse. Eine gleiche Dienstpflicht, sei diese militärisch oder gesellschaftlich, verhindere deren Organisation in der Gesellschaft. Sogar einen Blick in die Ukraine wagen die Fraktionssprecherinnen



Madox aus der Siebner Fraktion bei seiner Einzelrede.

und -sprecher: Dort würden die Frauen auch nicht an der Front kämpfen. Ob dies wirklich korrekt ist, sei einmal dahingestellt.

Aber wie Einzelsprecher Madox der Siebner Fraktion dagegenhält: Auch Männer seien in der Lage, sogenannte Care-Arbeit zu leisten. Das Argument der körperlichen Unterlegenheit von Frauen im Kampf zieht seiner Ansicht nach nicht. Schliesslich könne man auch Sanitäts- oder Küchendienst leisten, wenn man wolle.

Staatsmännische Reaktion

Der Rat schickt dennoch in der Ausmarchung zuhanden der Schlussabstimmung den Gegenentwurf des Bundes bachab und votiert für den Gegenvorschlag der Kommission, wenn auch knapp. Und auch die Initiative wird dem Volk zur Ablehnung empfohlen. Enttäuscht sind die Siebner

vielleicht ein bisschen, aber nicht überrascht. «Das ist halt ihre Meinung, das gilt es zu respektieren», wird ein Schüler später beim Apéro in der berühmten Galerie des Alpes im Bundeshaus die Haltung der anderen Fraktionen staatsmännisch kommentieren. Wäre der Gegenvorschlag des Bundes durchgekommen, hätte die Fraktion ihre Initiative zurückgezogen. Soweit, so konsequent.

Kommissionsvorschläge gewinnen

Aber mit ihrer Niederlage sind die Siebner nicht allein – auch die anderen beiden Volksinitiativen haben einen schweren Stand und werden letztlich dem «Volk» zur Ablehnung empfohlen. In beiden Fällen votiert der Rat jeweils für einen Gegenvorschlag der jeweiligen Kommission. Einweg-E-Zigaretten, sogenannte Puffs, sollen nicht verboten werden, wie die Neuenburger Klasse in ihrer «Volksinitiative» ursprünglich vorschlug. Ihr Verkauf und ihre Herstellung sollen nur stärker reglementiert und ein Pfand erhoben werden. Zwar sehen alle Fraktionen die Problematik für Umwelt und Gesundheit. Die Siebner Fraktion, vertreten von Sara und Steffi, hebt hervor, dass ein Verbot auch den gegenteiligen Effekt haben könnte: Der Reiz des Verbotenen könne attraktiv wirken, zudem würden so Kontrollen der Produkte erschwert und auch der illegale Import könnte begünstigt werden.

Weniger Zucker statt Steuer

Bei der von der St. Galler Fraktion vorgeschlagenen Zuckersteuer macht auch ein direkter Gegenvorschlag der Kommission am Ende das Rennen. Zwar war auch hier der Grundgedanke, den Zuckerkonsum zu senken und somit Gesundheitskosten zu sparen, unbestritten. Der Kommissionsvorschlag will aber Produzenten dazu zwingen, den Zusatz von Zucker und auch Süsstoffen sukzessive zu senken.

Die Siebner Fraktion, vertreten von Corinne und Timo, stört sich daran, dass sich im Falle einer zusätzlichen Besteuerung von Zucker weniger Wohlhabende diese Produkte nicht mehr leisten könnten. Zudem sei sowohl in Grossbritannien wie auch in Mexiko eine solche eingeführt worden: Der Effekt sei nicht der Erwünschte gewesen – im Gegenteil, der Zuckerkonsum sei sogar gestiegen.

Der Umgang der Schülerinnen und Schüler mit den drei «Volksinitiativen» bringt einen wichtigen Aspekt der Schweizer Demokratie zum Vorschein: Es geht darum, sich mit verschiedenen Aspekten eines Themas auseinanderzusetzen. Und am Ende gilt es einen Kompromiss auszuhandeln. Sicher nicht nur für das politische Leben eine gute Übung.

REKLAME

Regierungsrat
 «Ich wähle wieder
 ☒ Michael Stähli,
 weil er die Herausforderungen und Bedürfnisse der KMU kennt und sich für diese tatkräftig einsetzt.»
 Adrian C. Gattiker
 Unternehmer
 Altendorf



Die Klasse aus Siebner auf den Plätzen der Nationalrätinnen und Nationalräte.